

Norman Paech: Rede auf der Demonstration der Shura am 21.Mai 2021

Liebe palästinensische und deutsche Freundinnen und Freunde,

leider kann ich heute nicht anwesend sein, aber ich möchte euch sagen, dass ich an eurer Seite stehe in eurem Schmerz, eurer Sorge und Wut.

In Palästina herrscht Krieg. Aber es sind nicht die Raketen, die aus dem Gazastreifen auf Tel Aviv, Jerusalem und Ashkelon abgefeuert werden, die die neue Eskalation der Gewalt provozieren, wie es die meisten deutschen Medien berichten. Es ist der ungebremste Raub palästinensischen Landes, der auch dem letzten Palästinenser seine Lebensgrundlage in Ost-Jerusalem zerstören will. Es ist die Weigerung, den Palästinenserinnen und Palästinensern in Ost-Jerusalem ihr Wahlrecht zu gewähren, um damit die palästinensischen Wahlen zu verhindern. Es sind die israelischen Sicherheitskräfte, die seit Beginn des Ramadan den muslimischen Gläubigen die Bewegungs- und Religionsfreiheit auf dem Haram Al Sharif/Tempelberg in völkerrechtswidriger Weise einschränken. Es sind die rechtsradikalen zionistischen Schlägertrupps, die in der Altstadt die Menschen provozieren und die israelische Polizei schaut zu.

Aber es ist noch viel mehr. In diesen Stunden des Krieges, der Toten und zahllosen Verwundeten taucht die ganze Geschichte der Kolonisierung Palästinas wieder auf. Der Zionismus hat nie daran gedacht, die palästinensische Bevölkerung in seinem neu gegründeten Staat Israel gleichberechtigt aufzunehmen. Sein Ziel ist die ethnische Säuberung von Anfang an bis heute. Seine erneuten Pläne, die Häuser in Sheikh Jarrah zu enteignen und ihre palästinensischen Bewohnerinnen und Bewohner zu vertreiben, ist nur das letzte Beispiel seiner Politik, wie er sie diesseits wie jenseits der grünen Linie betreibt. So wurden 530 Orte und Städte zerstört und ausgelöscht, und über sieben Million Flüchtlinge haben keine Möglichkeit mehr, in ihre Heimat zurückzukehren. Der Internationale Strafgerichtshof hat unlängst diese Enteignungs- und Besatzungspolitik zum Gegenstand seiner Untersuchungen wegen möglicher Kriegsverbrechen gemacht.

Wer kann erwarten, dass bei dieser erneuten Eskalation der Gewalt durch die Besatzungsmacht die Palästinenserinnen und Palästinenser ruhig bleiben und

nicht zu der letzten ohnmächtigen Waffe, ihren Raketen greifen, wenn kein Staat sie unterstützt?

Man kann die Völkerrechtswidrigkeit dieser Raketen zu kritisieren. Aber man darf nicht schweigen über die Kriegsverbrechen, die Israel mit seiner gnadenlosen Bombardierung Gazas und seiner seit 2006 dauernden Abriegelung und Erwürgung der Bevölkerung begeht.

Die Welt muss begreifen: Nicht die Palästinenser und Palästinenserinnen halten Israel besetzt, sondern Israel Palästina. Da ist das Völkerrecht ganz klar. Es gilt das humanitäre Völkerrecht der Genfer Konventionen. Nicht Israel hat ein Verteidigungsrecht gegen die Palästinenser, sondern die Palästinenserinnen und Palästinenser gegen die israelische Besatzung. Gewiss kann sich Israel gegen die Raketen verteidigen. Aber das, was es jetzt mit seinen Bomben und Raketen im Gazastreifen anrichtet, ist keine Verteidigung, sondern eine Strafaktion. Sie ist vollkommen unverhältnismäßig und völkerrechtswidrig.

Beklagen wir alle Toten, auch die in Israel. Aber lassen wir es nicht zu, dass die Wahrheit verdreht wird. Es sind nicht die Bewohner Gazas, die für ihre Toten und Verwundeten verantwortlich sind, und die Kritik an der israelischen Kriegsführung kann nicht mit dem Vorwurf des Antisemitismus abgewehrt werden. Sagen wir unseren Medien: ihre Berichterstattung ist unerträglich, wenn sie immer nur die Raketen für Gewalt und Krieg verantwortlich macht. Für sie ist nur die „radikal islamische Hamas“ die Ursache für den Krieg, niemals die „radikal zionistische Regierung“ in Jerusalem. Der Internationale Strafgerichtshof wird auch den Krieg Jerusalems gegen Gaza im Jahr 2014 wegen Kriegsverbrechen untersuchen. Er könnte diesen Krieg gleich in seine Untersuchungen einbeziehen.

Die Medien sollen aufhören, die menschenunwürdige Realität der Besatzung mit Begriffen wie „Autonomiegebiete“ und „Siedlungspolitik“ zu verharmlosen. Da gibt es keine Autonomie, wo Apartheid, Landraub, Zerstörung und Vertreibung an der Tagesordnung sind. Wo das Leben nur ein täglicher Kampf ums Überleben ist, und der jüdische Nachbar jenseits der grünen Linie auch den täglichen Kampf zur Hölle macht. Da ist der Widerstand die einzige Möglichkeit, zu überleben.

Wir fordern die deutsche Regierung auf, ihre Verantwortung für die Wahrung der Genfer Konventionen wahrzunehmen und die israelische Regierung

aufzufordern, die völkerrechtswidrigen Vertreibungen zu stoppen, sowohl in Ost-Jerusalem wie auch im gesamten Westjordanland.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre einseitige Unterstützung der israelischen Politik aufzugeben, wie sie der deutsche Außenminister ständig wiederholt. Sie muss ernsthaften Druck auf die israelische Regierung ausüben, die Besatzung zu beenden. Das ist die Voraussetzung für die Suche einer nachhaltigen und gerechten Friedenslösung auf der Grundlage des Völkerrechts.

Wir rufen zum Ende der israelischen Aggression gegen palästinensische Demonstranten und gegen Religionsstätten auf und zum Ende israelischer Bombenangriffe auf den Gazastreifen. Wir sind überzeugt, dann werden auch die Raketenangriffe aus Gaza auf Israel enden.

Aber es gibt keinen Grund zu verzweifeln: Palästina lebt und die Solidarität in der Welt wächst. Kein Kolonialregime hat überlebt und auch die Apartheid wird verschwinden. Lasst uns zusammenstehen im Widerstand gegen dieses Unrechtsregime. Die Befreiung Palästinas wird auch die Befreiung Israels von der Geisel seiner Regierung ermöglichen. Und dann wird endlich Frieden in Palästina einziehen können.